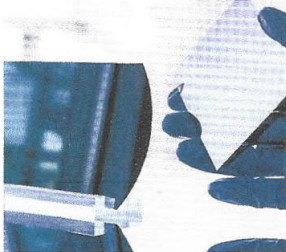


# Onyx

Magazin für nachhaltiges Wissen

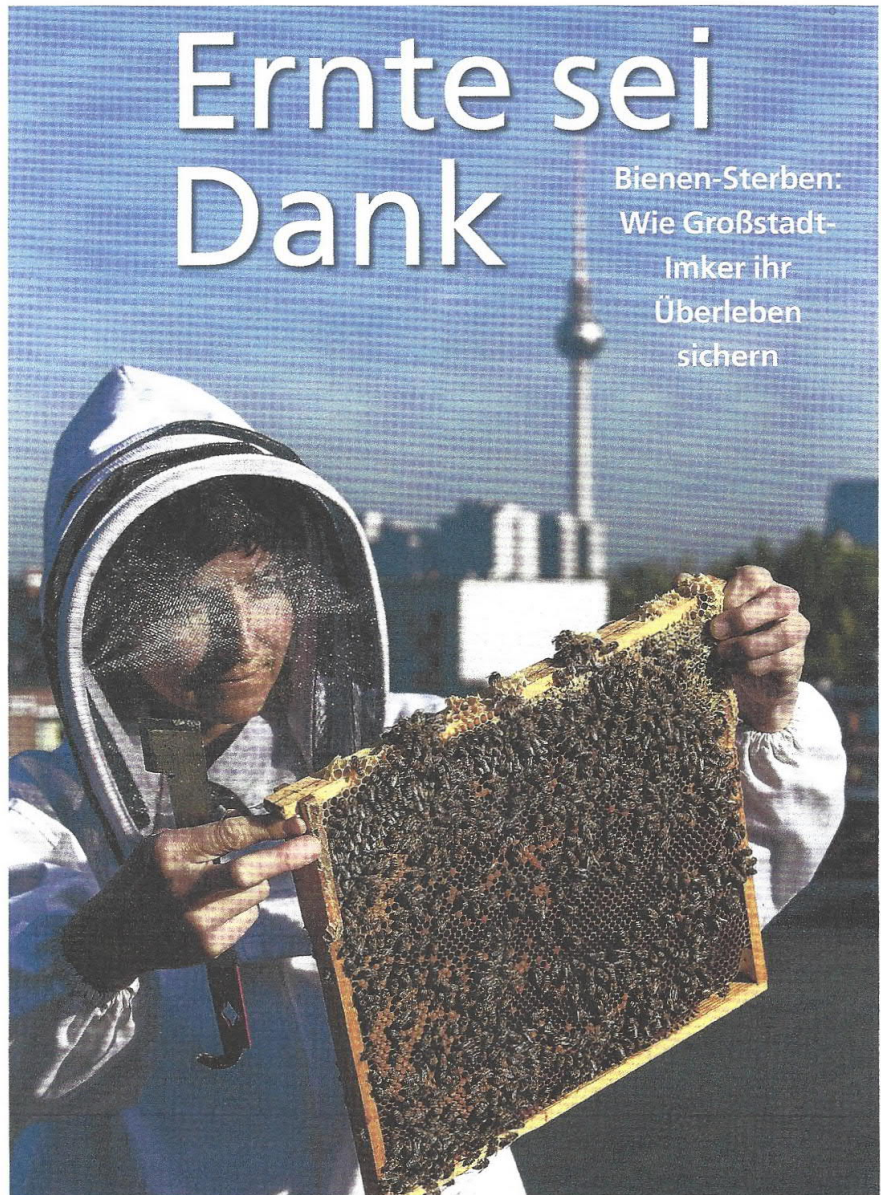
Konzepte  
gegen Chaos:  
Die Städte  
von morgen

Pubertät: Wie  
die Jugend  
leichter lernt



Mehr Licht!  
Revolution der  
Sonnenkraft

Auf der Flucht.  
Anmerkungen  
und Vorschläge



## Ernte sei Dank

Bienen-Sterben:  
Wie Großstadt-  
Imker ihr  
Überleben  
sichern

# Und, schaffen wir das?

## Interview mit dem Historiker, Migrationsforscher und langjährigen Berater der Bundesregierung Prof. Klaus Bade über die Flucht nach Europa und Deutschland

Zur Zeit erleben wir eine – ja, was eigentlich? Eine Flüchtlingsflut, -welle, -ströme, -problematik, -bewegung? Sie zählen zu den renommiertesten Migrationsforschern, was sagen Sie?

Was heute von vielen Politikern wie ein unerwartbares, geradezu schicksalhaftes Migrationsunwetter mit Jahrhundertflut aus heiterem Himmel beschrieben wird, das sich an aktuellen Krisenherden im arabischen Raum entzündet hat, überrascht Migrationsforscher nicht so sehr. Niemand konnte zwar konkret voraussagen, was sich wann in welchem Umfang wo und wie ereignen würde. Prognosen sind bekanntlich immer ein Problem – und besonders dann, so Karl Valentin, wenn es dabei um die Zukunft geht. Aber es gab hinreichend Trendanalysen und Warnungen vor sich aufbauenden Kraftfeldern im Wanderungsgeschehen. Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen.

Wir haben schon frühzeitig, zum Beispiel im »Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung« von 1994 darauf hingewiesen, dass sich in verschiedenen außereuropäischen Großregionen, vor allem des globalen »Südens«, langfristig ein Migrationsdruck aufbaut. Man kann sich das wie ein Fass mit Problemen vorstellen, das immer mehr vollläuft, irgendwann überläuft und dann Migrationsbewegungen auslöst. Sie sind allerdings bislang zu mehr als 90 Prozent im weiteren Umfeld geblieben und haben Europa nur zu einem sehr geringen Bestandteil tangiert.

Was wissen wir über die Hintergründe? Was kommt weiter auf uns zu?

Es treffen mehrere Entwicklungen aufeinander. Das gilt vor allem für tiefgreifende wirtschaftliche Umstrukturierungen, ökologische Zerstörung und eine Ausplünderung, an der auch die westliche Welt maßgeblich beteiligt ist. Hinzu kommt ein rapides Bevölkerungswachstum und eine aus all dem resultierende Verschlechterung von Existenzbedingungen, Lebens- und Überlebenschancen. Dem gegenüber präsentieren die elektronischen Medien und insbesondere die internationalen TV-Pro-

gramme attraktiv wirkende Gegenwelten. Der wanderungstreibende Problemdruck hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre deutlich verschärft.

Das gilt zum Beispiel für die wachstumsblockierende und krisentreibende EU-Handels- und Agrarpolitik gegenüber den Herkunftsländern von oft unfreiwilligen Wirtschafts- und Fluchtwanderungen. Und es gilt, um ein großregionales Beispiel zu nennen, für das immer engmaschiger gewordene Netz von neokolonialen Strukturen, das über Afrika gespannt wurde. Es besteht vielfach aus doppelter Ausbeutung: von außen durch die verschiedensten Geschäftsinteressen und von innen durch mit diesen Interessen kooperierende Diktaturen oder andere korrupte Führungseliten. Hinzu treten in Afrika als fluchttreibende Faktoren schließlich auch kriminelle bzw. mafiotische Strukturen in Kooperation mit den abhängigen Führungseliten schwacher Staaten bzw. »Failed States«, in die westliche Rüstungskonzerne aber nach wie vor kraftvoll ihre Militaria exportieren.

Die Flucht aus afrikanischen und arabischen Krisenzonen mit politisch, ethnisch, religiös-kulturell oder anderweitig bedingten Konflikten und aus wirtschaftlicher Not ist aber nur ein Beispiel für das globale Fluchtgeschehen mit seinen zahllosen Opfern. Die weltweiten Fluchtbewegungen haben mit derzeit circa 60 Millionen Menschen bislang nicht gekannte Dimensionen erreicht, die selbst diejenigen nach dem Zweiten Weltkrieg übertreffen.

Und das ist wohl erst der Anfang, denn klimagetriebene Fluchtwellen kündigen sich schon an. Auch bei der Flucht aus Syrien spielte das schon eine indirekte Rolle: Hunderttausende waren wegen des Absinkens des Grundwasserspiegels und des

*»Das ist wohl erst der Anfang,  
denn klimagetriebene  
Fluchtwellen kündigen  
sich schon an«*



dadurch beschleunigten Vorrückens der Wüsten aus vertrocknenden Agrarregionen in die Städte geflohen, wo sie sich eine neue Existenz aufbauen wollten. Sie wurden dort von Krieg und Bürgerkrieg überzogen und verließen dann als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge das Land. Die Flucht aus dieser Krisenregion wird anhalten.

Warum eigentlich Deutschland? Welche Erwartungen sind damit bei den Flüchtlingen verbunden?

Viele Flüchtlinge sind über das Land ihrer Träume nur unzureichend informiert. Dergleichen war um die Mitte des 19. Jahrhunderts mitunter auch bei der großen deutschen transatlantischen Massenwanderung der Fall, wenn den Rhein hinunterfahrende Auswanderer glaubten, die nächste »Station« nach Hamburg sei »Amerika« und dort werde sich alles Weitere finden. Aber die meisten hatten doch über Auswandererbriefe von Verwandten und Bekannten, über kommerzielle Auswandereragenturen, karitative und später auch staatliche Beratungsstellen ziemlich konkrete Vorstellungen von ihren Wanderungszielen und den Bedingungen dort.

An die Stelle der Auswandererbriefe von damals sind heute Smartphones, soziale Medien und internationale Fernsehprogramme getreten. Flüchtlinge, die Verwandte in Deutschland haben und über solche Informationsmedien verfügen, haben mitunter sehr konkrete und positive Grundvorstellungen von Deutschland: ein Land, das Flüchtlinge aufnimmt, in dem Recht, Gesetz, Ordnung und Sicherheit gelten, in dem Flüchtlinge anständig behandelt werden, in dem es gute wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Lebensgestaltung gibt, sodass man Geld an die zurückgebliebene Familie überweisen oder sie später sogar nachholen kann und so weiter.

Entscheidend waren im Sommer 2015 die berühmten drei Worte der Bundeskanzlerin »Wir schaffen das« sowie die Ankündigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, keine Syrien-Flüchtlinge nach dem Dublin-Reglement mehr zurückzuschicken in die Länder, in denen sie zuerst europäischen Boden betreten hatten. Beides zusammen wurde in Syrien als Willkommenssignal verstanden und löste eine Art

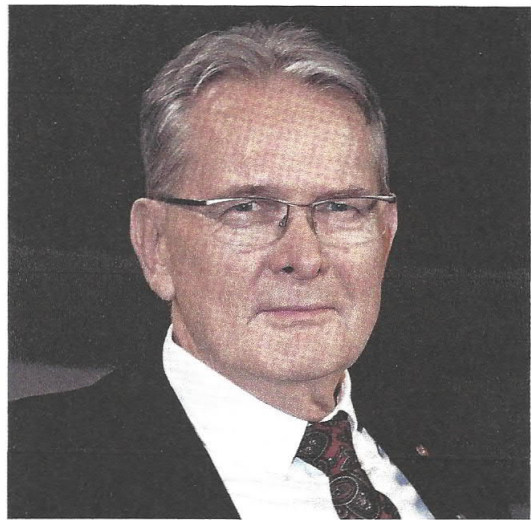


Foto: picture alliance / dpa

**Prof. Dr. Klaus J. Bade** lehrte unter anderem in Osnabrück und Oxford. Der Historiker ist Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des interdisziplinären Rates für Migration (RfM) und der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM). Die Bundesregierung hat ihn immer wieder zu Rate gezogen, wenn es um Fragen zu Migration und Integration geht. Klaus Bade ist Autor und Herausgeber von rund 50 Büchern und zahlreichen anderen Veröffentlichungen. Er hat den preisgekrönten »Mediendienst Integration« (mdi) sowie das Online-Fachmagazin für Migrations- und Integrationsfragen »Migazin« mitbegründet.

Schabowski-Effekt im Wanderungsgeschehen aus. Das wurde noch verstärkt durch das zeitweise umlaufende, wohl aus Vorschlägen in der deutschen Flüchtlingsdiskussion stammende Gerücht, Deutschland könnte sogar Schiffe entsenden, um syrische Flüchtlinge im Libanon oder in der Türkei abzuholen.

Wie kann Deutschland die Probleme begrenzen?

Nationale Handlungsspielräume sind hier begrenzt. Wir haben bei der Flüchtlingsaufnahme und -versorgung, vor allem in den Kommunen und durch ehrenamtliche Helfer aus der Bürgergesellschaft, bislang Hervorragendes geleistet. Das Bild des »hässlichen Deutschen« ist hinter dem Bild des freundlichen, aufnahmebereiten Deutschen zurückgetreten, obgleich in keinem anderen Land derzeit Gastfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit so aufeinandertreffen wie in Deutschland.

Wir improvisieren aber notgedrungen, bei wachsendem Problemdruck: Es fehlen die Strukturen, die eine längere Belastung in diesen Dimensionen möglich machen. Das fing bei dem vor Jahren heruntergefahrenen Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und dem dadurch ausgelösten Bearbeitungsstau mit viel zu langen Entscheidungsverfahren an. Es ging weiter mit dem Abbau beziehungsweise der Umnutzung von ursprünglich für die Aufnahme von Flüchtlingen gedachten Unterkünften, die uns heute fehlen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Alle aufgenommenen Flüchtlinge sollten eine knappe Handreichung in ihrer Landessprache über die Grundrechte, Grundwerte und Spielregeln im Aufnahmeland erhalten. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung sollte nach einem kurzen Aufnahmegespräch in Anwesenheit eines Dolmetschers unterschrieben werden, damit gesichert ist, dass die Botschaft verstanden wurde.

### *»Helfer aus der Bürgergesellschaft haben bislang Hervorragendes geleistet«*

Wichtig für alle, die bleiben dürfen, sind frühzeitige Integrationshilfen im Blick auf Sprache und berufliche Zusatzqualifikation, um mitgebrachte Fähigkeiten am Arbeitsmarkt einsetzbar zu machen. Das wird insgesamt Milliarden kosten, die aber, auch nach Einschätzung des aktuellen Jahresgutachtens der »Wirtschaftswissenschaften«, gut investiert sind. Denn frühzeitige Teilhabeförderungen sind wesentlich billiger als die Folgekosten gescheiterter Integration in Gestalt von Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialtransfers.

In weiten Kreisen beunruhigt die Tatsache, dass nur bis zu drei Prozent der Asylbewerber anerkannt werden, aber mehr als 50 Prozent durch Anerkennung als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder aus anderen Gründen mehr oder

minder lange oder auch auf Dauer bleiben dürfen. An sich ist das eine wichtige humanitäre Errungenschaft. Sie kann aber das »Kippen« der bislang noch verhalten positiven Stimmung in der Bevölkerung befördern, wenn andere europäische Staaten Deutschland mit seinem großen Flüchtlingsaufkommen achselzuckend weiter im Regen stehen lassen, so dass hier zwei Sozialprobleme in Sichtweite kommen: einerseits eine veritable Opferkonkurrenz zwischen inländischen Armen und ausländischen Flüchtlingen und andererseits eine generelle Überlastung und dauerhafte Zweckentfremdung kommunaler Einrichtungen, wenn zum Beispiel für Kultur und Sport gedachte Gebäude gesperrt und für die Aufnahme von Flüchtlingen verwendet werden müssen.

Was könnte auf europäischer Ebene geschehen?

Das herkömmliche europäische Asylrecht mit dem Dublin-System, nach dem die Erstzugangsländer auch die Asylverfahren abzuwickeln haben, ist in der Praxis weitgehend zusammengebrochen. Das sieht auch die Kanzlerin so. Dieses System hing im Grunde von Beginn an deswegen schief, weil es auf Kosten der Grenzstaaten funktionierte und auf Druck der großen Staaten in der Mitte Europas vereinbart wurde, bevor noch die entsprechenden Voraussetzungen in den Staaten an den Schengengrenzen geschaffen waren.

Wir brauchen ein neues europäisches Asylrecht mit festen Aufnahmequoten, das mithilfe einer europäischen Asylagentur verwaltet werden sollte, die nicht als Steuerungsinstrument, sondern als Servicezentrum für die Mitgliedsstaaten funktioniert. Dann könnten sich Flüchtlinge sogar ihr Zielland aussuchen, zum Beispiel über eine Prioritätenliste mit maximal drei Plätzen. Nehmen wir an, sie würden über die zentrale Agentur, die sich mit den genannten Mitgliedsstaaten rückgekoppelt hat, erfahren, dass die Quoten der beiden erstgenannten Länder erschöpft seien und dass nur das dritte genannte Land noch infrage käme. Würde dieses Angebot nicht angenommen oder wäre die Quote dieses Landes ebenfalls schon erschöpft, dann müssten sich die Flüchtlinge damit abfinden, ohne weitere Berücksichtigung ihrer Wünsche in EU-Europa verteilt zu werden. Auch dabei könnten im Rahmen des Möglichen noch humanitäre Belange, zum Beispiel Fragen der Familienzusammenführung, Berücksichtigung finden.

Das alles setzt aber voraus, dass es in Europa annähernd vergleichbare Standards bei den Asylverfahren und bei der Unterbringung von Flüchtlingen gibt. Erst auf dieser Grundlage kann es eine Einigung über Quoten geben, denn es macht ja keinen Sinn, zum Beispiel in der derzeitigen Situation, in der etwa Griechenland und Italien mit der Flüchtlingsaufnahme vollkommen überfordert sind, diesen Ländern über Quoten größere Zahlen von Flüchtlingen zuzuweisen, für deren Aufnahme dort die Voraussetzungen fehlen.

Das Bemühen um eine immer bessere Organisation der Flüchtlingsaufnahme in Europa ändert aber nichts an den Ursachen der Fluchtbewegungen und zäumt das Pferd im Grunde vom Schwanz her auf. Es bringt ja wenig, die defensive Verwaltung der Folgen zu verbessern, wenn die wanderungstreibenden Ursachen immer schubkräftiger werden. Und Europa



kümmert sich, allen politischen Sonntagsreden zum Trotz, fast gar nicht um die Bekämpfung der Fluchtursachen. Es setzt vor allem weiterhin und noch verstärkt auf die Abwehr von Flüchtlingen, die seit 1990 schon mehr als 30 000 und 2015 allein über 3 500 Tote im Mittelmeer gekostet hat, nicht zu reden von denen, die auf dem Weg dahin umgekommen sind. Hierzu läuft jetzt, auch auf Druck aus Deutschland hin, die immer schärfere Abriegelung der »Festung Europa« an und auch weit vor ihren Grenzen.

Das gilt erstens für den hektischen Aufbau der »Hot Spots« genannten Auffanglager mit Registrier- und Verteilerzentren an den europäischen Schengen-Grenzen. Es nützt aber doch nichts, grenznahe Zentren zur europaweiten Verteilung von Flüchtlingen einzurichten, wenn die Länder, in die die Flüchtlinge verteilt werden sollen, dafür noch unzureichend eingerichtet sind oder gar die Aufnahme verweigern.

Es gilt zweitens für die sogenannte Externalisierung der Grenzverteidigung durch den Auf- und Ausbau von »Transitzentren« genannten Auffanglagern mit Asylschleusen in der Nähe der Ausgangsräume von Fluchtwanderungen. Dort sollen in Schnellverfahren Asylsuchende mit möglichen Bleibeperspektiven ausgesondert, sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge auf andere Möglichkeiten der Zuwanderung hingewiesen und die mit Sicherheit meisten anderen irgendwie wieder zurückgeschickt werden. Das wird nicht funktionieren, weil die sich dann wieder den Schleppern anvertrauen werden, deren Bekämpfung im Mittelmeer auch nur ein populistisches Schauspiel ohne reale Chance ist.

Und es gilt drittens sogar für Vereinbarungen mit flucht-treibenden Despotenregimen wie zum Beispiel im Sudan und Eritrea. Sie sollen gegen entsprechende Forderungen und Investitionen, zum Beispiel in ihre Grenzsicherungssysteme, sowie durch Beratung und nötigenfalls auch Training ihrer Sicherheitsorgane dazu gebracht werden, Menschen, die vor ihnen selbst oder durch ihre Territorien fliehen wollen, an ihrer Flucht in Richtung Europa zu hindern. Der tote Flüchtlingshändler Gad-dafi lässt grüßen. Er war hier auf furchtbare Weise seiner Zeit voraus.

Welche Herausforderungen sehen Sie auf globaler Ebene?

In einer Welt, in der heute fast die Hälfte des globalen Reichtums in den Händen von weniger als einem Prozent der Weltbevölkerung liegt, in der im wirtschaftlichen Süd-Nord-Transfer für jeden Dollar, der in den globalen »Süden« fließt, zwei Dollars in der Gegenrichtung zurückfließen, in dieser Welt gibt es nicht eine weltweite »Flüchtlingskrise«, sondern eine Weltkrise, die Fluchtbewegungen erzeugt. Man kann sich in diesem Zusammenhang an ein Gedicht von Bertolt Brecht aus dem Jahr 1934 erinnern: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich«.

Wenn man diese Weltkrise bekämpfen will, muss man sich nicht nur um die Begrenzung ihrer Folgen in Gestalt von Fluchtbewegungen, sondern auch um die Bekämpfung ihrer Ursachen kümmern. Dazu muss man weltökonomische, welt-

ökologische und weltgesellschaftliche Systemfragen stellen, wie sie auch der kluge, aus der nichtmarxistischen südamerikanischen Befreiungstheologie stammende Papst Franziskus in seiner Enzyklika »Laudato Si« in ungewohnter Schärfe angesprochen hat. Die karitativen Engagements von großen Stiftungen und auch von großen Unternehmungen sind demgegenüber nur wohlgemeinte Tropfen auf den heißen Stein. Es führt kein Weg mehr vorbei an einer Auseinandersetzung mit dem von wenigen ökonomischen Machtzentren aus gesteuerten, in seiner fortschreitenden Hypertrophie desaströsen, von Helmut Schmidt als »Raubtierkapitalismus« kritisierten Wirtschaftssystem mit seinen menschenfeindlichen Schattenseiten. Das ist, um ein gebräuchliches Modewort zu benutzen, in der Tat »alternativlos«.

## *»Umso dringlicher ist die Einberufung einer UN-Weltkonferenz zu Migration, Flucht und Asyl«*

Weil dieses System global ausgewuchert, verankert und verzahnt ist, gibt es hier keine zügigen Patentlösungen, sondern nur ein zähes Bemühen am größtmöglichen Tisch. Umso dringlicher ist die Einberufung einer UN-Weltkonferenz zu Migration, Flucht und Asyl, analog zu den großen Weltkonferenzen seit den 1990er-Jahren, am besten verbunden mit einer UN-Dekade zum Schutz der Flüchtlinge. Die Chance zur Einberufung einer UN-Weltflüchtlingskonferenz, die mit vereinten Kräften Abhilfe hätte einleiten können, wurde auf dem kleinen »Flüchtlingsgipfel« am Rande der letzten UN-Vollversammlung in New York im September 2015 abermals verpasst. Es kann lange dauern, bis die Vereinten Nationen auf eine solche Initiative zurückkommen.

Eine solche Initiative wäre aber auch nur dann sinnvoll, wenn es dabei weniger um die kurative Behandlung oder Begrenzung der Folgen als um die Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen geht. Anzeichen dafür sehe ich bislang nicht, im Gegenteil.

Am Ende meiner im Jahr 2000 erschienenen europäischen Migrationsgeschichte habe ich warnend geschrieben: »Solange das Pendant der Abwehr von Flüchtlingen aus der sogenannten Dritten Welt, die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen, fehlt, bleibt diese Abwehr ein historischer Skandal, an dem künftige Generationen das Humanitätsverständnis Europas im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert bemessen werden.« Daran hat sich bis heute nicht nur nichts geändert. Die Dimensionen sind vielmehr noch grauenhafter geworden. Sage später niemand wieder, er habe das alles nicht gewusst.

Sind moderne Migrationsbewegungen, wie wir sie derzeit erleben, denn staatlich lenk- oder verhinderbar? Können Grenzregime, die seit Jahren in der EU aufgebaut werden, ein wirksames Mittel sein?

»Abschottung und Abgrenzung im Zeitalter des Internets sind eine Illusion«, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Oktober in einem Interview zu Recht gesagt. Im Zeitalter der weltweiten elektronischen Kommunikation gibt es allerdings gewisse Einflussmöglichkeiten, die auch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schon früher überprüft worden sind. Wenn sich zum Beispiel bei den Schleusern herumsprach, dass bestimmte Länder leichter zu erreichen seien oder andere zeitweise gar nicht, dass bestimmte Routen erfolgversprechender seien als andere, dann richteten sich zuweilen die Zuwanderungspfade anders aus; denn die Schleuser sind ja auf die »Handy-Kontrolle« angewiesen: Wenn sich die Geschleusten bei ihren Angehörigen, die zum Teil für die Finanzierung der Reise zusammengelegt haben, nicht mehr melden, ist davon auszugehen, dass sie gescheitert oder sogar umgekommen sind. Ähnliche Wirkungen waren früher sogar bei den »Asylwanderungen« von Flüchtlingen innerhalb Deutschlands zu beobachten, weil es deutliche Unterschiede in deren Behandlung in den einzelnen Bundesländern gab.

Aber die Geschichte des Kampfes gegen unerwünschte Wanderungen war oft die Geschichte von vergeblichen staatlichen Abwehrmaßnahmen, die nur zu anderen, neuen Routen

## »Verzweifelte Flüchtlinge sind an keiner Grenze aufzuhalten«

führten. Zeitweise hatte staatliche Gegenpropaganda sogar den umgekehrten Effekt, weil man glaubte: Je mehr vor einem bestimmten Land gewarnt wird und je mehr sich ein Land selber verleugnet und sich sogar offensiv selber schlechtmacht, desto besser müssen die Bedingungen dort sein.

Verzweifelte Flüchtlinge sind durch keine Grenze aufzuhalten. Das haben auch die Amerikaner lernen müssen mit ihren gewaltigen Grenzbefestigungen gegenüber Mexiko. Die gestaffelten Zäune wurden immer höher, aber die illegale Zuwanderung stieg weiter an. Einerseits deswegen, weil viele legal einreisten, dann ihre Aufenthaltsgenehmigung überschritten und illegal im Land blieben. Andererseits, weil viele illegale Zuwanderer nicht mehr zu ihren Familien zurückkehrten und stattdessen alles daransetzten, ihre Familien nachzuholen. Selbst Länder, die durch das Meer umschlossen sind, haben mit illegaler Zuwanderung zu tun wie zum Beispiel Australien, das sich auf brutale Weise gegen illegale Zuwanderer wehrt, die in Booten über zum Teil riesige Distanzen hinweg die australischen Küsten zu erreichen streben – und dann auf entlegene Inseln deportiert werden.

Je mehr sich Europa abzuschotten sucht, desto mehr werden die Schleuser und Schlepper verdienen. Und wenn sich die

»Festung Europa« gewaltsam abschotten will, dann wird der ohnehin schon laufende menschenfeindliche und opferreiche Abwehrkampf gegen Flüchtlinge umso mehr Dimensionen und Formen annehmen, die mit den Menschenrechten im Allgemeinen und mit unseren vielbesungenen europäischen Werten im Besonderen absolut nicht mehr vereinbar sind.

Ganz abgesehen von den Ideen und Intentionen der Väter und Mütter des deutschen Grundgesetzes 1948/49. In hitzigen Verhandlungen über das Grundrecht auf Asyl sagte der Sozialdemokrat Carlo Schmitt: Wenn man Asyl gewähren wolle, dann müsse man »generös« sein und das schließe auch das Risiko ein, sich »in der Person geirrt zu haben«. Und der Christdemokrat Hermann von Mangoldt schloss sich ausdrücklich mit dem Bemerken an: Wenn man zu den vorgeschlagenen, bald berühmten vier Worten »Politisch Verfolgte genießen Asyl« nur »irgend etwas« hinzufügen würde, dann müsste »eine Prüfung durch die Grenzorgane« erfolgen, wodurch »die ganze Vorschrift völlig wertlos« würde. Und genau da sind wir heute angelangt – bei einem Asylrecht, dass in jenem Sinne »völlig wertlos« erscheinen könnte.

Was werden die Folgen des nationalen, europäischen und globalen Versagens vor diesen Problemen sein?

Die Rache im Wanderungsgeschehen wird nicht ausbleiben: »The Empire strikes back« stöhnen manche Briten. Andere glauben die Einwanderer aus ihren früheren Kolonien flüstern zu hören: »We are here, because you were there!«. Will sagen: Wenn wir uns nicht um die Menschen in den weniger entwickelten und oft in Konflikte verwickelten Regionen der Welt kümmern – dann kommen sie zu uns. Und was dann an Abwehrmaßnahmen aufgefahren werden würde, dürfte noch weniger mit den angeblichen Grundwerten der freien westlichen Welt vereinbar sein als das, was wir uns in dieser Hinsicht bislang ohnehin schon leisten.

Verläuft die politische und mediale Diskussion heute ähnlich wie in den frühen 1990er-Jahren, als vor allem Flüchtlinge aus dem Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien nach Deutschland kamen, oder was ist heute anders?

Die Exzesse auf deutschen Straßen Anfang der 1990er-Jahre hatten nur sehr bedingt mit den Zuwanderungsbewegungen selbst zu tun. Solche Behauptungen sind nur zigfach widerlegte Selbstrechtfertigungsversuche von Politikern. Die Exzesse waren in Wahrheit vor allem Ergebnis des Zusammentreffens der Ratlosigkeit der Bürger mit der Konzeptlosigkeit der Politik in Regierungsverantwortung. Sie entzündeten sich an dem jahrelangen ergebnislosen und am Ende durch wechselseitige Denunziationen zur Handlungsunfähigkeit der Politik führenden Asylstreit, der in den Medien stets weiter skandalisiert wurde.

Das hat schließlich dazu geführt, dass kleine radikale Minderheiten glaubten, mit ihren demonstrativen Untaten für die schweigsame Mehrheit sprechen zu können. Die suchte sich dann mit den berühmten Lichterketten von diesen Gruppen zu distanzieren. Politiker, die sich nun hier einreihen wollten, wurden oft demonstrativ zurückgewiesen, was wiederum oft die



## »... könnte das Ergebnis eine Art deutscher 'Front National' sein«

Falschen traf, während die eigentlich politisch Verantwortlichen für das Desaster in borniertem Zynismus auf die Bürger mit ihren angeblich albernen Lichterketten herabsahen.

Das ist heute anders: Es gibt eine starke Bürgerbewegung, die sich den – im Gegensatz zu den frühen 1990er-Jahren oft überregional organisierten und über das Netz koordinierten – fremdenfeindlichen radikalen, extremistischen und neonationalsozialistischen Kräften entgegenstellt, Flüchtlinge schützt und ihnen hilft. Auch Politik scheint ein Stück weit aus ihrem Versagen Anfang der 1990er-Jahre und aus den Folgen ihrer schon älteren ungezügelteren populistischen Wahlkampfagitati-onen gegen »Migrantenfluten«, »Masseneinwanderung in die Sozialsysteme«, gegen »Sozialschmarotzer«, »Asylbetrüger« und »Wirtschaftsflüchtlinge«, gegen »Ausländerkriminalität«, »nicht integrierbare Türken« und »Integrationsverweigerer« gelernt zu haben; abgesehen von der CSU, die damit dem be-kannten Votum ihres geistigen Übervaters Franz Josef Strauß zu entsprechen sucht, dass es rechts von der CSU keine demo-kratisch legitimierte Kraft in Bayern geben dürfe, und dabei heute im Wettlauf mit der AfD selbst in Gefahr gerät, zu einer solchen Kraft zu werden.

Und auch die Medien haben sich ein Stück weit zurück-genommen, wobei es bemerkenswerte Themenwechsel gibt: Anfangs standen die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer im Vordergrund; dann ging es besonders um brennende Flücht-lingsheime, dann vorwiegend um die Willkommenseuphorie gegenüber Flüchtlingen. Erkennbar war aber weithin das Be-mühen, nicht ständig Menetekel vom Weltuntergang durch Massenwanderungen an die Wand zu malen, von Ausnahmen immer abgesehen, die aber die Regel bestätigten.

Nach Angriffen auf Flüchtlinge und -unterkünfte, etwa in Freital oder Heidenau, solidarisierten sich viele mit den Flüchtlingen. Eine neue Willkommenskultur wird eingefordert. Wie schätzen Sie das ein?

Im Umgang mit kultureller Vielfalt ist Deutschland gespalten. Auf der einen Seite steht die wachsende Gruppe der stillen Kul-turpragmatiker beziehungsweise Kulturoptimisten. Ihnen ist der Umgang mit kultureller Vielfalt längst normaler gesellschaft-licher Alltag geworden. Auf der anderen Seite steht die schrump-fende, aber umso lauter lärmende Gruppe der Kulturpessimis-ten. Ihnen ist die wachsende kulturelle Vielfalt gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlandes und in ihren Ohren klingt die Rede von kultureller Vielfalt und Einwanderung wie das Lied vom Tod der europäischen Kultur.

Die einen begrüßen Flüchtlinge und kümmern sich um ihre Probleme im Alltag. Eine kleinere Zahl demonstriert gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen, insbesondere von Muslimen. Hier vereinen sich auf gefährliche Weise die alten sogenannten

Islamkritiker, die ihre Felle davonschwimmen sehen, mit den neuen sogenannten Asylkritikern. Wenn sich charismatische Führungspersönlichkeiten finden, könnte das Ergebnis eine Art deutscher »Front National« sein, demgegenüber Pegida nur ein Puppenspiel gewesen wäre.

Brennende Willkommenseuphorie prallt auf brennende Flüchtlingsheime. Aber die extremistischen, zum Teil auch bie-dermännischen Brandstifter sind eine kleine Minderheit, mit denen auch diejenigen, die die Flüchtlingsaufnahme skeptisch sehen, meist nichts zu tun haben wollen. Insgesamt überwiegt zumindest derzeit noch das Willkommen, auch wenn es nicht mehr die frühere Willkommenseuphorie ist, weil sich doch Zweifel einschleichen über die Frage, ob und wie das alles zu bewältigen sein wird.

Ob daraus eine Willkommenskultur werden kann, muss man abwarten. Eine Willkommenskultur muss ja mehr sein als die freundliche Begrüßung immer neuer Gäste am Hauseingang. Willkommenskultur müsste gleichbedeutend sein mit einer ähn-lich einladenden Behandlung aller Einwanderer, die in den letz-ten Jahrzehnten ins Haus schon gekommen sind. Die aber hat man bis in jüngste Zeit unter dem Stichwort »Integrationsland« gedrängt, sich endlich einseitig anzupassen. Das aber hatte mit »Willkommenskultur« wenig zu tun.

Neuerdings wird häufig der Begriff »Völkerwande-  
rung« benutzt. Haben wir es heute mit einer modernen  
Form der »Völkerwanderung« zu tun?

Der Begriff »Völkerwanderung« ist im doppelten Sinne irre-führend. Zum einen bezweifelt die historische Forschung heu-te, ob es in den Jahrhunderten vor dem Ende des Römischen Reiches überhaupt eine »Völkerwanderung« in der seit dem 18./19. Jahrhundert vorgestellten Form gegeben hat. Es gab Bewegungen von bewaffneten Haufen, in deren Tross sich Familien der Kämpfer, aber auch Gruppen bewegten, die sich in den Gebieten angeschlossen hatten, durch die die Züge führten. Es gab wohl auch schrittweise, zum Teil über Gene-rationen hinweg, voranrückende Siedlungsgrenzen. Aber von einer kämpferischen Wanderung ganzer Völker wird kaum mehr gesprochen.

Erst recht ist der Begriff »Völkerwanderung« irreführend für die heutigen Fluchtbewegungen. Es gibt die verschiedens-ten wirtschaftlichen, politischen, sozialen, ethnischen, religi-ös-kulturellen und sonstigen materiellen und immateriellen Wanderungs- und Fluchtmotive von einzelnen, Familien, Grup-pen, mitunter auch von ganzen Clans. Es gibt aber keine Wan-derungen ganzer »Völker« in Richtung Europa und schon gar nicht in kämpferischer beziehungsweise okkupativer Absicht. Deswegen verbreitet der Begriff ohne Not Furcht und Schre-cken. Wir sollten realitätsnah von Wirtschafts- oder Flucht-wanderungen sprechen.

Auszug aus einem Interview, das Georgios Chatzoudis vom Wissenschaftsportal L.I.S.A. der Gerda-Henkel-Stiftung mit Prof. Dr. Klaus J. Bade geführt hat.  
([www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/klaus\\_j\\_bade](http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/klaus_j_bade))